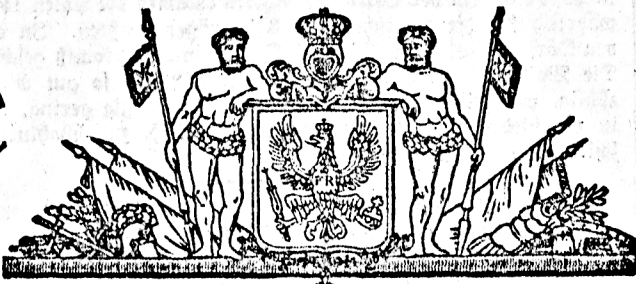


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Reizungsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im V. Hage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme d. Handelsteils): L. V. J. Elbau in Bln., Tempelhof

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

## Deutsche Note über die Kriegsgefangenen.

### Ein Appell an die französische Regierung

Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Note überreichen lassen:

Herr Präsident!

Am 20. August d. J. wurde durch eine amtliche Veröffentlichung der Agentur Havas mitgeteilt, daß die ältesten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubereiten. Hinzugefügt war, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport unverzüglich beginnen würden. Die Heimbeförderung der in amerikanischen, belgischer und italienischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen setzte seit dieser Zeit ein. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sie gleichzeitig, wenn auch infolge des bestehenden Mangels an Schiffsraum nur langsam, die Rückkehr der Deutschen aus der Gefangenschaft in überseeischen Ländern vollzieht oder vorbereitet.

Die französische Regierung allein versagt den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar auf das Drängen der deutschen Regierung und die warme, rein menschlichen Empfindungen entspringende Festsprache des internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle. Frankreich hat ratifiziert. Der Friedenszustand für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Zusage gekommen, noch immer aber warten die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann.

Auf niemand können diese Leiden von über 400 000 Menschen, die zum Teil seit langen Jahren das bittere Los der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verfehlen. Der zweite Winter seit Aushören der Feindseligkeiten rückt mit seiner Härte und Entbehrung heran. Die in den Lagern Frankreichs zurückbleibenden Gefangenen haben ihre glücklicheren, aus amerikanischer, belgischer und englischer Gefangenschaft der Freiheit zurückgeführten Kameraden an sich vorbeiziehen sehen müssen, ohne selbst auch nur einen schwachen Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten. Das Werk der Zermürbung und Zermarterung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abschluß des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur die Briefe der Gefangenen zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Dual enttäuschter Hoffnungen spricht. Man darf sich über die unheilvollen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das

Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichen Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und Gelegenheit haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung über die Hinauszögerung der Heimkehr der Kriegsgefangenen aufs äußerste gesteigert ist. Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als eine grausame Härte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, wächst ständig, da es sich von Monat zu Monat in seiner Hoffnung auf die Wiederkehr seiner Söhne getäuscht sieht. Die deutsche Regierung fürchtet diese Entwidlung umso mehr, als gleichzeitig die innere Gesundung des Volkskörpers durch schwerste wirtschaftliche Krisen in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Körper durch die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen eine der schwersten Wunden künstlich offen gehalten wird, vermag nach all dem Schwere, was es erdulden mußte, und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung zu ertragen; sie muß unausbleiblich zu einer Lähmung der Kraft führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig bedarf. In der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht, erblickt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr, sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst und feierlich vor aller Welt hinzuweisen.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen:

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung bis an die Grenzen des Möglichen bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autoritärer französischer Seite ihren Vertretern ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimbeförderung der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Mit vollem Recht glaubt die deutsche Regierung erwarten zu können, daß die französische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste löst und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiedergibt.

Für die noch in feindlicher Hand befindlichen Kriegsgefangenen hat die deutsche Regierung neuerdings 20 Millionen Mark zur Beschaffung von warmer Winterbekleidung und zu besserer Verpflegung aufgewandt.

### Vorgehen der amerikanischen Regierung gegen Radikale.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 10. November.

Aus New York wird gemeldet, daß in einer großen Anzahl amerikanischer Städte plötzlich Tausende von radikalen Agitatoren verhaftet wurden. Die Verhaftungen dauern noch an. In New York wurde auch der bekannte Sinnfeiner Jim Farlin festgenommen. Die Durchführung der Maßnahme scheint auf Widerstand gestoßen zu sein, denn es heißt, daß viele der Gefangenen verwundet eingetieft wurden. Auch wurde eine große Menge bolschewistischer Propagandaschriften beschlagnahmt. Durch die Verhaftungen wurden Demonstrationen verhindert, die am 8. November in amerikanischen Städten zur Erinnerung an die russische Revolution stattfinden sollten. Der Justizminister hat bekanntgegeben, daß die Verhaftungen nur den Anfang von Maßnahmen der Regierung darstellen gegen den Versuch der „Union russischer Arbeiter“, die amerikanische Regierung zu stürzen. Die Einwanderungsbehörde erklärte, die Mehrzahl der Radikalen seien ausländische Anarchisten, und die umgehende Deportation von Tausenden solcher Leute stehe bevor.

### Rücktritt des rumänischen Kabinetts.

Drahtmeldung.

Paris, 9. November. (W. L. B.)

Nach einer Radio-Meldung aus Bukarest ist das Kabinett des Generals Vaitoianu zurückgetreten. Die Demission ist durch die jüngste, sehr energisch gehaltene Note des Obersten Rates

von Paris hervorgerufen. Diese hat derartige Schwierigkeiten zur Folge gehabt, das General Vaitoianu erklärte, nicht weiter amtierend könne. Vratianu, Late Jonescu und Manu sind nach Sibaja abgereist, um mit dem König über die Lage zu verhandeln. (Das jetzt zurückgetretene Kabinett hatte die Aufgabe, die Neuwahlen — die ersten in „Groß-Rumänien“ — durchzuführen, um dann den Platz wieder für Vratianu freizumachen. Vratianu hatte sich geweigert, dem Friedensvertrage mit Österreich seine Zustimmung zu geben; das fast durchgängig im Generalen bestehende Kabinett Vaitoianu sollte die Neuwahlen im Sinne Vratianus „machen“, um so die Hand Rumäniens gegenüber der Entente zu stärken. Die jüngste Note der Entente, die fast einem Ultimatum gleichkam, scheint diese Rechnung durchkreuzt zu haben.)

### König Otto von Ungarn?

Drahtmeldung.

Paris, 9. November. (W. L. B.)

Wie die „Daily Mail“ meldet, soll die Proklamierung des Erzherzogs Otto, des siebenjährigen Sohnes des früheren Kaisers Karl, zum König von Ungarn unmittelbar bevorstehen.

Prag, 9. November.

Der Budapester Vertreter des Agrarblattes „Bentov“ bezeichnet auf Grund von Informationen die vielfachen Klärungsversuche als ganz unzutreffend, daß Entente die monarchistische Politik in Ungarn unterstützen oder zum mindesten dulden. Das seien tendenziöse Anstrengungen. Sollten die Monarchisten Ungarn die Verwirklichung ihrer Ziele in den Nachbarstaaten, auch in der Slowakei, auf irgendeine gewaltsame Weise erstreben, würde alles zur radikalen Unterdrückung dieses Bestrebens vorzugehen werden.

### Deutsche Wahllauheit.

Die Gemeindevahlen in Oberschlesien, bei denen zum ersten Male das allgemeine und gleiche Wahlrecht galt, sind in Ruhe und Ordnung verlaufen. In den Städten ergab sich meist ein starkes Uebergewicht der Deutschen, auf dem Lande ein Vorwiegen der Polen. Insgesamt scheint — trotz geringer Wahlbeteiligung der Deutschen — ein Ueberwiegen der deutschen Stimmen vorzuliegen.

Bei geringer Wahlbeteiligung der Deutschen und vollzähligem Aufmarsch der Polen haben, wie zu erwarten, die Gemeindevahlen in Oberschlesien, die gestern stattfanden, ein Anwachsen des polnischen Einflusses ergeben. Die Wahl vollzog sich unter sehr ungünstigen Verhältnissen, besonders auf dem Lande, wo anscheinend die Bevölkerung unter dem starken Druck der polnischen Organisationen stand. Trotzdem scheint es, als habe die Abstimmung im ganzen genommen ein Ueberwiegen der deutschen Stimmen gebracht. Die größeren Städte, vor allem Beuthen, Gleiwitz, Rattowitz, Rattbor und Oppeln haben sehr große deutsche Mehrheiten. Umgekehrt sind die ländlichen Wahlen vielfach rein polnisch ausgefallen. Es bestätigt sich eben, daß Oberschlesien sprachlich außerordentlich stark gemischt ist, daß die Bewohner in ihren Stimmungen schwanken, und daß eine reinliche Scheidung nicht ohne die schwersten Ungerechtigkeiten zu bewerkstelligen wäre.

Der ganze Verlauf der Wahl zeigt, daß der Einspruch der Entente gegen ihre Abhaltung auf falschen Voraussetzungen beruhte. Die Polen haben es verstanden, den Eindruck zu erwecken, als herrsche ein starker „Druck“ der deutschen Behörden, der das Ergebnis zu ihren Ungunsten beeinflusse. Kenner der Verhältnisse standen diesen Behauptungen von vornherein zweifelnd gegenüber. Deutsche Behörden sind im allgemeinen objektiv, auch auf Kosten der eigenen Nationalität. Die Ausnahmen, die in dieser Beziehung früher hervorgerufen sind, haben nur deshalb so stark gewirkt, weil auch die nationalen Widerheiten in Deutschland gewöhnt waren, von den Behörden ohne Beachtung behandelt zu werden. Aber wie dem auch sein mag: bei dem jetzigen Stand der Dinge besitzen die deutschen Behörden in Oberschlesien überhaupt nicht mehr das Maß von Einfluß, das notwendig wäre, einen direkten oder indirekten Druck auf die polnische Bevölkerung auszuüben. Im Gegenteil muß gesagt werden, daß die Behörden nicht einmal den deutschgestimmten Wählern deutscher und polnischer Zunge das Gefühl der Sicherheit zu geben vermochten, daß sie den nötigen Schutz und Rückhalt finden werden.

Daß die Wahlen zu einem Anwachsen der polnischen Vertretung führen müßten, war übrigens von vornherein klar. In der deutschen Erwiderung auf die Entente-Note wurde vollkommen zutreffend darauf hingewiesen, daß die Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das radikalisierte gleiche Wahlrecht ausschließlich den Polen zugute kommen müßte, deren Anhängererschaft sich überwiegend in der dritten Klasse zusammengebrängt waren und infolgedessen nur einen verhältnismäßig geringen Einfluß ausüben konnten.

Die Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit soll sich bekanntlich gemeindefreie vollziehen. Auf ihr Ergebnis lassen die geistigen Wahlen unter keinen Umständen einen Schluß zu. Einmal läßt sich der Einfluß der fremden Besetzung — in Aussicht genommen ist französische Aufsicht und teilweise amerikanische Befragung — nicht übersehen. Es ist keineswegs gesagt, daß diese Beteiligung im nationalpolnischen Sinne wirken wird. Wenn sie unparteiisch gehandhabt wird, so könnte sie im Gegenteil dazu beitragen, der starken Einschüchterung der deutschen Wähler, die gestern in der vielfachen Wahlenthaltung zum Ausdruck kam, entgegenzuwirken und der Bevölkerung die Ueberzeugung zu geben, daß sie von ihrer Abstimmung keine wirtschaftlichen Nachteile zu erwarten haben.

Einen starken Einfluß wird ferner die Beteiligung der aus Oberschlesien abgewanderten Stimmberechtigten ausüben, deren Erfassung von beiden Seiten mit Eifer betrieben wird.

Entscheidend für das Geschick Oberschlesiens wird letzten Endes die Frage sein, ob es gelingt, der Entente und vor allem Frankreich die Ueberzeugung zu geben, daß die weitere Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Deutschen Reich die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung der wirtschaftlichen Leistungen aus dem Friedensvertrag bildet. Je stärker unser guter Wille hervortritt, Friedensvertrag mit allen Kräften zu erfüllen, desto zwingender wird der Nachweis sein, daß der Verlust der ober-schlesischen Kohlen- und Eisenerzlande aufserstande setzt, die Leistungen und Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durchzuführen.

Die wirtschaftliche Tragweite der Entscheidung über Oberschlesien kann gar nicht ernst genug gewürdigt werden. Die internationale Kaufkraft der polnischen Mark ist gleich null. Die Wertverhältnisse, die beim Uebergang Oberschlesiens an Polen eintreten würden, müßten vielfach ruindus wirken. Vor allem würde die Teuerung in einem Maß zunehmen, die den Arbeitsfrieden, der jetzt einigermaßen gesichert erscheint, aufs neue dauernd erschüttern würde. Die Rückständigkeit der polnischen Arbeitsverhältnisse müßte in der gleichen Richtung wirken. Dazu käme die Störung, die der Produktion